

KDFB – INFORMATIONEN 3/2008



Bundesverband

Vorstand / Bundesgeschäftsstelle

- 2 Katholische Verbände gegen Spätabtreibung
- 2 KDFB protestiert gegen Sixt-Anzeige
- 2 Weltfriedenstag 2009
- 3 Susanna Biskup verabschiedet

Pressemitteilungen

- 3 Bayr. Landesverband: Mehr Rente für Mütter
- 4 Bayern soll Einbußen beim Elterngeld ausgleichen

AGENDA

- 5 Kinder brauchen religionssensible Erziehung

VerbraucherService

- 7 Bundesfachtagung: Klimawandel – Was können Verbraucherinnen tun?

Landfrauenvereinigung

- 8 Bundesarbeitstagung: Wir Klimamacher

Aktionen & Kampagnen

- 10 Gegen Kriegsgewalt an Frauen – KDFB unterstützt Briefaktion von medica mondiale
- 11 Frauen Macht Kommune

Ökumenischer Kongress

- 12 Auf dem Weg nach Eden

Namen

- 12 Anne Terhaag gestorben

Mitgliederzeitschrift

- 13 Themenvorschau 11/08 – 01/09

IMPRESSUM

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

Vorstand / Bundesgeschäftsstelle

Katholische Verbände gegen Spätabtreibung

Die Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) hat Ende Juni auf Antrag des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) einstimmig einen Aufruf verabschiedet, in dem sie den Bundestag auffordert, die gesetzlichen Regelungen zur Vermeidung so genannter Spätabtreibungen zu verbessern. Insbesondere müsse die Beratung für werdende Eltern vor und nach der Durchführung pränataldiagnostischer Maßnahmen verbessert werden.

Bei der Versammlung wurden 97 Mitglieder für vier Jahre in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt, darunter auch KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach, Vizepräsidentin Elfriede Schießleder und Birgit Mock, Schriftführerin im Bundesvorstand. (gk)

KDFB protestiert gegen Sixt-Anzeige

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) hat beim Deutschen Werberat Beschwerde gegen eine Werbekampagne der Autovermietung Sixt eingereicht. Ende Juni sind in verschiedenen Tageszeitungen und Magazinen Anzeigen erschienen, die weinende Kleinkinder zeigten. Darunter stand in direkter Rede: „Papa, ich will mehr Taschengeld! Sparen kannst du mit Sixt“. Die dargestellten Kinder sind in einem Alter, in dem sie weder Taschengeld haben noch brauchen. „Im Zusammenhang mit der gerade heftig diskutierten Kinderarmut und den vielen Fällen von Kindesmisshandlungen empört es uns, dass hier weinende Kinder zu Werbezwecken missbraucht werden“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. Völlig unverständlich sei, dass ein Unternehmen solch eine Werbekampagne starte, das die „Regine Sixt Kinderhilfe e.V. – Hilfe für Kinder in Not“ unterstütze. Auf diesem Hintergrund erwarte der KDFB mehr Sensibilität für die Belange von Kindern.

Der Deutsche Werberat hat die Beschwerde zurückgewiesen. Nach Ansicht des Werberates verstoße es nicht gegen allgemein geltende Grundüberzeugungen, ein weinendes Kleinkind abzubilden. Dies spiegele die ganz normale Realität des Alltags wieder. Außerdem sei es technisch unproblematisch, Tränen nachträglich auf ein Foto aufzubringen. Zudem wende sich die Werbekampagne eindeutig an Erwachsene, die die Werbebotschaft dieser Kampagne verstehen würden. (gk)

Weltfriedenstag 2009

Anlässlich des Weltfriedenstages am 1. Januar beten seit vielen Jahren katholische Verbände in Deutschland, unter ihnen auch der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), gemeinsam für den Frieden in der Welt. Die Gebetsstunde findet 2009 am 9. Januar statt und steht unter dem Leitwort „Die Armut bekämpfen, den Frieden aufbauen“. Die beteiligten Verbände haben zur Gestaltung der Gebetsstunde eine Arbeitshilfe vorbereitet. Sie wird an die Zweigvereine außerhalb Bayerns mit dem Weihnachtsrundbrief der Präsidentin verschickt. Die bayerischen Zweigvereine können die Arbeitshilfe über ihre Diözesanbüros bestellen. (gk)

Susanna Biskup verabschiedet

Susanna Biskup ist Ende Juni als Öffentlichkeitsreferentin von der Bundesgeschäftsstelle des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) verabschiedet worden. In dem Jahr, in dem sie für den KDFB tätig war, lag der Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Neugestaltung des Internetauftritts des Verbandes. Im Herbst wird sie nach Chile aufbrechen, um dort in der Entwicklungszusammenarbeit als persönliche Referentin der Ordensschwester Karoline Mayer zu arbeiten.

„Im Frauenbund habe ich die Kraft geschöpft, die wohl größte Herausforderung meines Lebens anzunehmen: alle äußeren und inneren Grenzen zu überwinden und so weit zu gehen, wie ich es mir niemals hätte träumen lassen“, beschreibt Susanna Biskup den Aufbruch in eine andere Welt. Im Frauenbund habe sie erfahren, dass sich mit beherztem Engagement vieles beeinflussen und verändern lasse. Beeindruckt habe sie das große Netz der Solidarität, an dem der Frauenbund von Zweigvereinen und Diözesanverbänden angefangen über Landes- und Bundesebene bis hin zu internationalen Vereinigungen effektiv webe. „An diesem tragfähigen Netz ein paar Fäden mitzuknüpfen hat mir große Freude gemacht und ich habe sehr viel dabei gelernt.“ gk

Pressemitteilungen

Frauenbund fordert: Mehr Rente für Mütter

Bayerische Delegiertenversammlung sprach sich für drei Jahre Rentenanrechnung pro Kind aus

Nürnberg. 04.06.2008. Für wen ist eine Vorsorgevollmacht sinnvoll? Welche Aufgaben können Ehrenamtliche im Rahmen der Rechtlichen Betreuung übernehmen? Die Bayerische Justizministerin Beate Merk umriss bei der Delegiertenversammlung des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Anfang Juni in Nürnberg die Grundzüge der Rechtlichen Betreuung, zeigte Vorsorgemöglichkeiten auf und skizzierte die politische Zielsetzung in diesem Bereich. Die Vertreterinnen der 190.000 KDFB-Mitglieder in Bayern und der Pfalz forderten bei ihrem Treffen außerdem mehr Rente für Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern und bessere Berufs- und Ausbildungschancen für Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Johannette Bohn aus Abensberg, Inge Kiesmüller-Dreier und Claudia Thinesse-Wiehofsky, beide aus München, schieden aus dem Landesvorstand aus; neu gewählt als stellvertretende Landesvorsitzende wurde Dagmar Petermann (62) aus Olching.

Immer wieder sind Frauen im Ehrenamt und im privaten Umfeld mit Rechtlicher Betreuung konfrontiert. Die rechtliche Betreuung wird vom Amtsgericht bestellt und ist in erster Linie Ehrenamtlichen zugeordnet. Justizministerin Beate Merk warb bei den Delegierten des größten bayerischen Frauenverbandes dafür, rechtzeitig Vorsorge zu treffen für den Fall, dass man selbst nicht mehr zu eigenen Entscheidungen in der Lage ist.

Die Delegierten des größten Frauenverbandes in Bayern fordern, dass auch für vor 1992 geborene Kinder drei Jahre Kindererziehungszeit angerechnet werden und nicht nur ein Jahr. „Das wären 50 Euro mehr Rente pro Monat für jedes Kind. Gerade Frauen dieser Generation müssen durch eine nicht durchgängige Erwerbsbiografie mit einer geringen staatlichen Rente rechnen und haben

aufgrund ihres Alters nur noch wenig Zeit für den Aufbau einer eigenen privaten Altersvorsorge“, machte die Landesvorsitzende Waltraud Deckelmann deutlich.

Die Anforderungen für den Zugang zu Bildung und Ausbildung werden immer höher. Hauptschulabsolventinnen und -absolventen haben deshalb immer weniger Chancen bei der Berufswahl. Was bleibt noch an Tätigkeitsfeldern für Mädchen mit Hauptschulabschluss, wenn z. B. der Beruf der Kinderpflegerin abgeschafft wird und eine Beschäftigung im Kindergartenbereich nur noch mit Abitur möglich ist? Diese Frage stellt der KDFB und fordert von der Bayerischen Staatsregierung: „Für Mädchen mit Hauptschulabschluss müssen Berufsperspektiven erhalten bleiben! Durch mehr individuelle Förderung der Sozialkompetenzen, mehr Praxisbezug, mehr Ganztagsklassen und gezielte Berufsorientierung müssen Hauptschülerinnen und -schüler gestärkt werden.“

Redaktion: Almut Franke-Postberg

KDFB: Bayern soll Einbußen beim Elterngeld ausgleichen

Von Verlusten besonders einkommensschwache Familien betroffen

München. 23.09.2008 Viel gelobtes Elterngeld – nach gut eineinhalb Jahren Praxis werden die Defizite deutlich und damit ein finanzielles Fiasko für viele Familien in Bayern. Denn mit der alten Regelung hätten sie vier mal mehr Geld erhalten. „Wir fordern von der Staatsregierung, dass sie ihre Verantwortung gegenüber jungen, finanziell schwachen Familien wahrnimmt. Der finanzielle Verlust muss durch eine Erhöhung des Landeserziehungsgeldes für geringverdienende Familien und Alleinerziehende ausgeglichen werden.“ Waltraud Deckelmann, Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) appelliert an die Politik, die Bayern im Landtagswahlkampf stets als besonders wohlhabendes und soziales Land darstellt.

Das Bundeselterngeld wurde 2007 eingeführt. Jetzt wird offenbar, dass etwa ein Drittel der Familien in Bayern nur den Mindestsatz erhält. Die Verschlechterung der finanziellen Situation junger Familien sei besorgniserregend, so Deckelmann. In Bayern haben seit Januar 2007 knapp 173.000 Eltern das Bundeselterngeld in Anspruch genommen. 30 Prozent von ihnen erhielten nur das Mindestelterngeld von 300 Euro. Sie hätten mit der alten, vor 2007 geltenden Regel zu einem großen Teil 600 Euro monatlich über zwei Jahre bekommen, also vier mal so viel Unterstützung.

Hinzu kommt: auch die Bayerische Staatsregierung hat 2007 mit der Neufassung des Landeserziehungsgeldes den monatlichen Auszahlungsbetrag für das erste Kind von 200 auf 150 € gekürzt; der Bezugszeitraum war bereits 1992 von 12 auf 6 Monate herabgesetzt worden.

Fazit: Die Bezugsdauer wurde auf Bundes- und Landesebene halbiert, die Bezugshöhe für Geringverdiener geviertelt. „Was ist daran sozial, kinder- und familienfreundlich?“ fragt die Vorsitzende des größten Bayerischen Frauenverbandes.

Darüber hinaus wird auch das Mindestelterngeld auf das Arbeitseinkommen der Familie steuerlich angerechnet, wenn einer der Ehepartner berufstätig ist. Der Frauenbund unterstützt die Bundesratsinitiative der hessischen und bayerischen Finanzminister, das Jahressteuergesetz entspre-

chend zu ändern. „Allerdings kann Bayern auch alleine sofort handeln und es Sachsen gleich tun, das bereits darauf verzichtet, das Mindestelterngeld bei der Berechnung der Einkommenssteuer zu berücksichtigen“, so Deckelmann. Handlungsmöglichkeiten habe die Politik viele. Den großartigen Ankündigungen im Wahlkampf würden später leider zu oft der Verweis auf die Kostenneutralität folgen.

Redaktion: Ulrike Müller-Münch

AGENDA

Kinder brauchen religionssensible Erziehung

Theologinnen, KDFB und Kita-Fachfrauen richten Forderung an Deutschen Bundestag

Köln, 16.9.2008 - „Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, alles in seiner Kompetenz stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die Erziehung und Bildung in Kitas und Tageseinrichtungen religionssensibel erfolgt.“ So lautet das Votum von Theologinnen, Religionspädagoginnen und Fachfrauen aus Kindertagesstätten, die für die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen zuständig sind. Sie hatten auf Einladung von AGENDA – Forum katholischer Theologinnen e.V. an der Studientagung „Wohnt Gott in der Kita? – Kindliche Entwicklung und Religion“ teilgenommen, die vom 3- bis zum 5. September in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. (KDFB) und der Katholischen Akademie in Berlin veranstaltet wurde.

Das Votum stärkt einen Beschluss des KDFB-Bundesausschusses im April, in dem ein besonderer Qualifizierungsbedarf für Erzieherinnen und Erzieher gesehen wird. Dr. Hildegard König, AGENDA-Geschäftsführerin und KDFB-Vizepräsidentin stellte dazu fest: „Der KDFB unterstützt die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung. Die Qualifizierung junger Frauen ist auch ein wesentliches Anliegen von AGENDA. Hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, ist nachhaltige Zukunftsvorsorge, für die wir uns zusammen mit den Frauenbundsfrauen einsetzen.“

Frühkindliche religiöse Bildung noch zu wenig erforscht

Im Verlauf der Studientagung stellten die Professorinnen Dr. Katrin Bederna (Ludwigsburg), Dr. Regina Radlbeck-Ossmann (Halle), Dr. Christel Gärtner (Bayreuth), Dr. Sylvia Kroll (Berlin) und Dr. Silvia Habringer-Hagleitner (Linz) die Bedeutung frühkindlicher religiöser Bildung für die Entwicklung des einzelnen Kindes, der Familie und des Gemeinwesens dar. Dabei wurde das Thema aus theologischer, soziologischer, entwicklungspsychologischer und religionspädagogischer Sicht beleuchtet. Alle Referentinnen betonten, dass es nur um Versuche einer Antwort gehen könne. Der Bereich der frühkindlichen religiösen Bildung sei noch zu wenig erforscht. Die Referentinnen begrüßten, dass dem Bereich frühkindliche Bildung mehr Bedeutung zukomme, dass das Thema auch in der Politik und in den Kirchen angekommen sei. Es habe sich gezeigt, dass Kinder zwar eine Offenheit für Religiosität haben, dass sie sich aber nicht von alleine entwickelt. Es müssen entsprechende Angebote gemacht, ein förderndes Umfeld geschaffen werden.

Sensibel auf Kinderfragen reagieren

Als Problem sahen die Wissenschaftlerinnen, dass immer mehr Kindern eine religiöse Sozialisation fehle. Eltern, aber auch ErzieherInnen, könnten selbst häufig nicht mehr über religiöse Themen und Symbole, Riten und Traditionen sprechen. Sie fänden keinen Zugang zum eigenen religiösen Potenzial und seien nicht in der Lage, ihre eigene Haltung zu religiösen Fragen zu bestimmen. Aufgrund fehlender Vorbilder und Modelle sei es für sie sehr schwer, sensibel auf religiöse Impulse von Kindern einzugehen.

„Kinder haben noch kein festgefügtes Weltbild“, so die Theologin Dr. Regina Radlbeck-Ossmann. „Es ist eine Mischung aus Symbolen und Riten, kindlichen Phantasien, realen Erfahrungen im Umfeld.“ Kinder seien aber sehr früh auf dem Weg zur Entwicklung einer eigenen Religiosität. Glaube sei eine Haltung des Staunens, der Offenheit gegenüber dem Transparenten. Diese Haltung sei bei kleinen Kindern durchaus schon vorhanden. „Diese Haltung gilt es zu fördern und nicht Kinder mit Glaubensinhalten zuzuschütten.“

Ähnlich sahen es die Religionssoziologin Dr. Christel Gärtner und die Entwicklungspsychologin Dr. Sylvia Kroll. Religiöse Unbefangenheit mache Kinder empfänglich für Bilder und Rituale. Glaubensinhalte dagegen würden erst im Alter von etwa 12 Jahren verarbeitet. Vorher brauche das Kind Vertrauen und Sicherheit sowie Neugierde und Offenheit, um die Welt zu erforschen. Religiosität sei ein lebenslanger Bildungs-, kein Lernprozess. Ein religiöses Weltbild entwickle sich, es lasse sich aber nicht vermitteln. Man könne Angebote machen und sensibel auf Kinderfragen reagieren. Hierbei seien die Glaubwürdigkeit und das gelebte Vorbild wichtig. Kroll kritisierte frühkindliche Bildungspläne. Funktionale Aspekte ständen im Vordergrund statt eines ganzheitlichen Bildungsansatzes. Emotionales Erleben werde zu wenig zum Thema gemacht. Gerade in der frühkindlichen religiösen Bildung sei die logische Ebene unangebracht.

Lebenslust von Kindern fördern

Wie ein ganzheitliches Bildungskonzept aussehen könne, das beschrieb die Linzer Religionspädagogin Dr. Silvia Habringer-Hagleitner, die entsprechende Projekte in Kindertagesstätten auf den Weg gebracht hat. Glauben lernen heiße Leben lernen. Die banale Wirklichkeit sei von Gott durchdrungen. Wer die Lebenslust und Lebensbejahung der Kinder entdecke und fördere, der mache sie auch offen für eine Beziehung zu Gott. Dafür brauche man aber Zeit und Räume für Kreativität, keinen durchgeplanten Ablauf. Glauben sei ein lebenslanger und wechselseitiger Prozess. Deshalb nimmt das Modell das gesamte System in den Blick: Kinder, Erzieherinnen und Eltern. Die Erzieherinnen seien die Opfer in diesem System, weil sie unter schwierigen Bedingungen (wenig Personal, knappe Finanzen, zu kleine Räume) Kinder bilden sollen.

Eine Teilnehmerin, die als Erzieherin in einem katholischen Kindergarten in Berlin tätig ist, brachte es auf den Punkt: „Wir sollen Kinder beobachten, fördern und ihre Entwicklungsschritte dokumentieren. Wir sollen Kindern Sicherheit und Lebensfreude vermitteln. Wir sollen den Kontakt zu den Eltern suchen, ihre Erziehungskompetenzen stärken. Wir sollen uns weiterbilden. Und das alles mit Gruppen von 35 Kindern zwischen einem Jahr und sechs Jahren, mit befristeten Verträgen. Wie sollen wir da für die Kinder Sicherheit ausstrahlen? Wir Erzieherinnen brauchen kleinere Gruppen, bessere Bezahlung, Heraufsetzung der Betreuungszeiten, feste Verträge, mehr Fortbildung, Supervision und Begleitung für besondere Aufgaben.“

Mehr für Kinder tun

Ingrid Fischbach, Präsidentin des KDFB und CDU-Bundestagsabgeordnete, griff in ihrem Beitrag diese Forderungen auf. Die frühkindliche Erziehung und Bildung sei ein aktuelles Thema in der Politik. Dazu gehöre auch die religiöse Bildung. Fischbach wies darauf hin, dass eine qualifizierte Kinderbetreuung einen positiven Einfluss auf die emotionalen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder habe. Es gehe darum, Kinder mit ihren Begabungen frühzeitig zu fördern, Benachteiligungen abzubauen und Möglichkeiten für eine höhere Bildung zu eröffnen.

In diesem Zusammenhang plädierte Fischbach für mehr Betreuungsplätze und Personal sowie für mehr Qualifizierung, Weiterbildung und Supervision der Erzieherinnen und Erzieher. Nach Auffassung des KDFB gehören auch die Stärkung des Berufsbildes der pädagogisch Verantwortlichen und die Anhebung des Lohnniveaus zu einer notwendigen Qualifizierungsoffensive. „Wenn der Schwerpunkt auf frühkindliche Bildung gesetzt werden soll, dann müssen auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Wenn wir Milliarden Euro haben zur Rettung einer Bank, dann müssen auch Mittel für Kinder da sein“, so die KDFB-Präsidentin.

Gabriele Klöckner

VerbraucherService

Klimawandel – was können Verbraucherinnen tun?

Bundesfachtagung des VerbraucherService

„Der Klimawandel ist keine Bedrohung, die in ferner Zukunft auf uns zukommen könnte, sondern findet bereits heute statt und ist längst auch zu einem Verbraucherthema geworden. Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung: Wir müssen uns auf die Konsequenzen einstellen, die der Klimawandel jetzt schon mit sich bringt. Wir müssen aber vor allem unseren Lebensstil ändern und den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ drastisch verringern, damit das globale Klima nicht ins Unbeherrschbare kippt.“ Das ist das Fazit, das Helgit Kadlez, Bundesvorsitzende des VerbraucherService im KDFB, bei einer Fachtagung Anfang Juli in Trier zog. Die Tagung stand unter dem Thema „Klimawandel – was können wir als Verbraucherinnen tun?“ und wurde vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) organisiert und finanziert.

Stefan Rostock von der Organisation Germanwatch erläuterte Ursachen und Wirkungen des Klimawandels. Hauptbetroffene seien vor allem Menschen in Entwicklungsländern, die selbst nicht zum Klimawandel beigetragen haben. Um Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren, sei gesellschaftlicher Druck notwendig, damit die Politik national wie international entsprechende Rahmenbedingungen setze. Die 1991 gegründete Organisation Germanwatch (www.germanwatch.org) mit Sitz in Bonn und Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, Strukturen in den Industrieländern zu verändern, um die Lebensbedingungen der Menschen im „Süden“ zu verbessern. Ein wichtiges Thema ist dabei der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel.

Was Verbraucherinnen konkret tun können, um das Klima zu schonen, stellten Volkmar Lübke und Katharina Istel vom vzbv dar. Wichtig seien Haussanierungen, Einbau klimafreundlicher

Heizungssysteme, Reduzierung des Stromverbrauchs, Verzicht auf unnötige Flugreisen, Verringerung des Autoverkehrs durch Mitfahrgelegenheiten und Umstieg auf Fahrrad, Bus und Bahn. Auch Essgewohnheiten müssten überprüft werden. So reiche es nicht, Bio-Lebensmittel zu kaufen. Sie müssten auch regional angebaut sein und dem saisonalen Angebot entsprechen. Noch in diesem Jahr will der vzbv, zu dessen Mitgliedern der VerbraucherService zählt, ein Klimaprojekt mit den Schwerpunkten Energieberatung und klimafreundliche Mobilität starten (Informationen unter www.vzbv.de).

Bei einer Exkursion zeigte Johannes Hill, Umweltberater der Stadt Trier, den Teilnehmerinnen der Fachtagung sein privates Passivhaus. Dabei handelte es sich nicht um einen Neubau, sondern um die Sanierung und Erweiterung eines Altbaus. Durch natürliche Materialien wie Holz und Lehm, spezielle Fenster, ein Heizungssystem mit Holz, Nutzung von Sonnenenergie, Fassaden-dämmung, Dachbegrünung sowie ein natürliches Lüftungssystem braucht das Haus nur ein Zehntel der Energie eines herkömmlichen Hauses.

In drei Arbeitskreisen erarbeiteten die Teilnehmerinnen Empfehlungen für Aktivitäten des VerbraucherService und des KDFB auf der individuellen, der regionalen und der Landes-/Bundesebene. Wichtig seien die Kooperation mit bestehenden Klimabündnissen, Öffentlichkeitsarbeit und Verbraucheraufklärung, Ausbau der Beratung sowie politische Lobbyarbeit. Der Bundesausschuss des KDFB hatte bereits im Frühjahr Forderungen hinsichtlich der Klimapolitik gestellt und eine bundesweite Kampagne „Frauen für den Klimaschutz“ angeregt.

Gabriele Klöckner

Landfrauenvereinigung

Wir Klimamacher – Verantwortung für kommende Generationen

Bundesarbeitstagung der Landfrauenvereinigung

Um die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels ging es bei der Bundesarbeitstagung, zu der die Landfrauenvereinigung des KDFB vom 8. bis zum 11. September in das Haus Maria Rosenberg in Waldfishbach (Diözese Speyer) eingeladen hatte.

Dr. Brunhilde Frickel-Faulstich, Biologin und stellvertretende Vorsitzende der Kommission Eine Welt des Bayerischen Landesverbandes, machte anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen und konkreten Beispielen deutlich, wie sich der Klimawandel bereits jetzt auswirkt: zunehmende Erwärmung, Verschiebung von Jahreszeiten, Stürme, Flutwellen, Abschmelzen von Gletschern, Austrocknen von großen Seen, verheerende Waldbrände. Klimaschwankungen habe es immer schon gegeben, aber nicht in dem Ausmaß wie in den letzten Jahrzehnten, in dem der CO₂-Gehalt und damit verbunden die Erderwärmung rasant angestiegen sei. Das habe wesentlich mit unserem modernen Lebensstil zu tun, der viel Energie verbrauche: für die Warenproduktion, für das Heizen und Kühlen, für die Mobilität, für die Freizeit.

Der 90minütige Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ von Davis Guggenheim mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Al Gore zeigte den Teilnehme-

rinnen der Bundesarbeitstagung auf eindruckliche Weise die Problematik des Klimawandels und den Stand der Klimaforschung.

In einem zweiten Teil ihres Vortrags stellte die Referentin dar, was in der Politik unternommen wird – vom Umweltgipfel 1992 in Rio bis hin zum Kyoto-Protokoll, das 1997 verabschiedet wurde und das verbindliche Ziele setzen soll, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, vor allem durch die Industrieländer. Die Industriestaaten sollen bis 2012 um mindestens 5,2% auf der Basis 1990 ihren Treibhausgasausstoß reduzieren. Entwicklungs- und Schwellenländer bekommen keine Auflagen. 177 Länder haben inzwischen das Protokoll unterzeichnet, die USA mit dem größten Treibhausgasausstoß lehnen nach wie vor einen Beitritt ab.

Steigt die globale Erderwärmung um mehr als zwei Grad an, wird das katastrophale Auswirkungen auf das gesamte Öko-System der Erde haben. Schnelles und nachhaltiges Handeln ist daher dringend geboten. Der Einsatz fossiler Brennstoffe müsse reduziert werden, klimaschädigende Gasausstöße vermieden, auf erneuerbare Energien umgesteuert, Energie effizienter genutzt und der eigene Lebensstil überdacht und geändert werden.

Zum Abschluss der Tagung stellte Maja May die Problematik der Palmölproduktion und die daraus entstehenden Umweltschäden zur Diskussion. Der Film „Fette Beute – Palmölproduktion in Indonesien“ von Inge Altmeier veranschaulichte drastisch, wie negativ sich die Förderung auch von nachwachsenden Energie-Rohstoffen auswirken kann. Palmöl dient unter anderem als Rohstoff für die Produktion von Biokraftstoffen. Für den Anbau der Ölpalmen werden Regenwälder abgeholzt und durch großflächige Brandrodungen Lebensräume von Mensch und Tier vernichtet. Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden und Kunstdüngern wirken sich negativ auf das Ökosystem aus. Ein hoher Energieaufwand bei der Gewinnung und weite Transportwege machen das Palmöl zu einem Klimakiller.

Ideen für den Klimaschutz

Da müssen wir doch etwas tun – so das Fazit der Teilnehmerinnen an der Bundesarbeitstagung der Landfrauenvereinigung. In Arbeitsgruppen sammelten sie Vorschläge, wie sie selbst zum Klimaschutz beitragen können:

- Sich über das Thema informieren und Informationen weiter geben
- Bewusstseinsbildung in Familien, Kindergärten, Schulen, Verbänden ...
- Konsumverhalten überdenken – sich öfter fragen, ob man das wirklich braucht
- Einzelverträglich leben – seinen Lebensstil überdenken, welche Auswirkungen er auf kommende Generationen hat
- Bewusster regionaler und saisonaler Einkauf
- Effizienterer Einsatz von Energie
- Bewusster Umgang mit dem Trinkwasser
- Nachhaltige Urlaubsgestaltung (weit – weiter – am weitesten?)

Exkursionen

Traditionell findet bei der Bundesarbeitstagung der Landfrauenvereinigung jeweils ein Exkursionstag statt. Er führte in diesem Jahr in die Domstadt Speyer und in die Weinanbaugebiete rund

um Deidesheim. Unter der Leitung von Erika Forler (ehemalige Bildungsreferentin des KDFB-Diözesanverbandes Speyer) und ihrem Mann Karl-Heinz besichtigten die Teilnehmerinnen den Speyerer Dom, die spätbarocke evangelische Dreifaltigkeitskirche und das alte jüdische Viertel mit dem jüdischen Ritualbad Mikwe, den Synagogen und den mittelalterlichen Bethäusern.

Im Historischen Rathaus in Deidesheim wurden sie vom ehemaligen Bürgermeister empfangen, der über den Weinanbau in der Region informierte und mit den Frauen zusammen ein Weinbaugelände am Rand der Stadt besuchte. Zum Abschluss besuchten die Landfrauen den landwirtschaftlichen Betrieb der Familie Handrich in Meckenheim und das Weingut der Familie Köhr in Ruppertsberg.

Gabriele Klöckner

Aktionen & Kampagnen

Gegen Kriegsgewalt an Frauen

KDFB unterstützt Briefaktion von medica mondiale

KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach hat den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien aufgefordert, den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadzic auch für geschlechtsspezifische Verbrechen an Frauen in Bosnien-Herzegowina zur Verantwortung zu ziehen. „Das wäre ein eindeutiges und starkes Signal, dass sexualisierte Gewalt einen Bestandteil von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen darstellt“, heißt es in dem Schreiben an Serge Brammertz.

Der KDFB unterstützt damit eine Briefaktion, zu der die Frauenrechtsorganisation medica mondiale (www.medicamondiale.org) aufgerufen hatte. Es war bekannt geworden, dass geschlechtsspezifische Verbrechen in der Anklageschrift ausgeklammert werden sollen. „Das wäre eine Verweigerung von Gerechtigkeit für Tausende Frauen, die Massenvergewaltigungen und sexualisierte Folter während des Krieges erleiden und erdulden mussten“, so Fischbach.

Viele der Frauen seien traumatisiert und nicht in der Lage, ihren alltäglichen Aufgaben nachzugehen. Sexualisierte Kriegsgewalt habe nicht nur ihr eigenes Leben zerstört, sondern auch das ihrer Familien und ihrer Kinder. Oft würden sie auch noch sozial ausgegrenzt, weil die Anerkennung der Schwere und des Ausmaßes von Kriegsvergewaltigungen verweigert werde. Eine klare, konsequente, sichtbare und entschlossene Verfolgung der Täter spiele daher eine entscheidende Rolle in der Anerkennung dieser Verbrechen. Sie sei eine Grundvoraussetzung für jeden Heilungsprozess. Deshalb werde der KDFB zusammen mit Frauen aus vielen Ländern das Fortschreiten dieses Gerichtsverfahrens sehr genau beobachten. Fischbach: „Für viele wird es eine Signalwirkung haben, die weit über den aktuellen Fall hinausgeht. Die Hoffnung auf Gerechtigkeit für Frauen durch die Instrumente der Justiz wurde erneut geweckt. Leider hat die Erfahrung uns gezeigt, dass diese nur selten erfüllt wurde.“

Inzwischen hat medica mondiale mitgeteilt, dass Herr Brammertz in Protestbriefen „ertrinke“ und dass er das Anliegen wahrgenommen hat. Er hat die Anklageschrift nicht zum vorgesehenen Termin präsentiert, sondern wolle sie überarbeiten. (gk)

KDFB unterstützt Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“

„Frauen sind in Deutschland in der Kommunalpolitik noch deutlich unterrepräsentiert. 2006 wurden lediglich 33 von 218 größeren Städten von einer Oberbürgermeisterin regiert. Das entspricht einem Anteil von 15 Prozent“, sagt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, zum Start der bundesweiten Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ in Berlin. „Auch in den meist ehrenamtlich arbeitenden Stadträten und Kreistagen sitzen deutlich weniger Frauen als im deutschen Bundestag. Die kommunale Ebene ist aber die Wurzel der Demokratie. Männer und Frauen sollten daher die Zukunft gemeinsam gestalten, das ist für mich eine Grundvoraussetzung guten Regierens. Ich möchte daher Frauen ermutigen: Mischen Sie sich ein! Und zwar vor Ort und ganz konkret: Wagen Sie den Schritt in die Kommunalpolitik“, so Ursula von der Leyen weiter.

Die Kampagne wendet sich vor allem an zivilgesellschaftliche Organisationen, in den Frauen aktiv und zahlreich vertreten sind. Diese Organisationen sollen die Frauen motivieren, sich auch in der örtlichen Politik zu engagieren - dort, wo viele Entscheidungen fallen, die das tägliche Leben betreffen. Zum Auftakt der Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ signierte die Bundesministerin den roten Teppich. Er ist das Symbol für den Weg von Frauen in die Politik und wandert bis Mai 2009 quer durchs Land, von Kommune zu Kommune. In dieser Zeit finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Der erste Aktionstag findet am 3. November in Erfurt statt, der zweite in Bielefeld am 12. November. Unterstützt wird die Kampagne des Bundesfamilienministeriums von 18 zivilgesellschaftlichen Bundesorganisationen und Dachverbänden - darunter auch der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB). Inhaltlich knüpft die Aktion an die Jubiläen „90 Jahre Frauenwahlrecht“ in diesem und „60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz“ im nächsten Jahr an. Abgerundet wird die Kampagne durch Plakatschichten, Informationsbroschüren, Presse- und Medienarbeit und das Onlineportal www.frauen-macht-kommune.de.

Bereits seit Beginn des Jahres untersucht die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) die Chancen und Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik; erste Ergebnisse sollen Ende des Jahres vorliegen. Derzeit liegt der Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Mandaten in Deutschland im Schnitt bei 25 Prozent. Bezogen auf die Bundespolitik steht Deutschland im europäischen Vergleich deutlich besser dar. Mit einem Frauenanteil von 32 Prozent im Deutschen Bundestag liegt Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 23 Prozent. In den höchsten Regierungsämtern erreicht Deutschland mit der Kanzlerin und fünf Ministerinnen (38 Prozent) EU-weit sogar den vierten Platz. Nur in Finnland (60 Prozent), Schweden (45 Prozent) und Spanien (41 Prozent) sind prozentual mehr Frauen in den höchsten Regierungsämtern. Das EU-Parlament hat einen Frauenanteil von 31 Prozent. In der Europäischen Kommission stehen acht Frauen 19 Männern gegenüber (30 Prozent).

(Pressemitteilung des BMFSFJ – 22. September 2008)

Ökumenischer Kongress

Auf dem Weg nach Eden

Ökumenischer Frauenkongress in Augsburg

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF) laden zu einem Ökumenischen Frauenkongress ein. Er findet am 8./9. November in Augsburg statt und steht unter dem Thema: „Auf dem Weg nach Eden – Zugänge zur Schöpfungsspiritualität“. Vorbereitet wird der Kongress u.a. von der Theologischen Kommission des KDFB auf Bundesebene. Beteiligt ist auch die Landfrauenvereinigung des KDFB, die eine Arbeitsgruppe leitet.

Es sind Frauen, die in besonderer Weise für Gottes Schöpfung Sorge tragen: Sie erfahren sich in den verschiedenen Situationen ihres Lebens als Teil von ihr, sie erleben sowohl ihre Schönheit als auch ihre Brüchigkeit sehr bewusst und suchen in diesem Sinn nach spirituellen Zugängen zur Schöpfung. Der Ökumenische Frauenkongress geht diesen Themen in theologischen Vorträgen und in verschiedenen Arbeitsgruppen nach. Damit knüpft er an ein Thema an, das die Dritte Ökumenische Versammlung 2007 in Sibiu zu einem ihrer zentralen Anliegen gemacht hat.

Der Kongress beginnt am 8. November um 13.00 Uhr im Haus St. Ulrich und endet am 9. November mit dem Festakt zur Verleihung des Frauen-Predigtpreises. Zur Teilnahme eingeladen sind alle interessierten Frauen. Weitere Informationen zum Programm unter www.frauenbund.de (gk)

Namen

Anne Terhaag, ehemalige Bundesvorsitzende des VerbraucherService im KDFB, ist im Alter von 89 Jahren gestorben. Ihre ersten hauswirtschaftlichen Erfahrungen gewann sie als Beraterin in der hauswirtschaftlichen Beratungsstelle in Bonn und als Lehrkraft an der Mütterschule im Kreis Jülich. 1948 wurde sie Mitglied der Hausfrauenvereinigung (heute VerbraucherService) und arbeitete in etlichen Gremien mit. So war sie Mitglied des Verbraucherausschusses und des Wirtschaftsausschusses für Außenhandelsfragen beim Bundesernährungsministerium. 1975 wurde sie zunächst Landesvorsitzende der hv Rheinland, von 1984 bis 1990 war sie Bundesvorsitzende der hv. (gk)

Zeitschrift: Themenvorschau

Heft 11/08

- Alternative Bestattungsformen (Gaby Klöckner)
- Klassentreffen (Karin Schott)
- Regionalwährungen (Claudia Klement-Rückel)

Heft 12/08

- Intuition (Susanne Zehetbauer)
- Plätzchenbacken wie die Oma/mit der Oma (Karin Schott)
- Straffällige ehrenamtlich betreuen (Anne Granda)

Heft 01/09

- Vielfalt der Frauengenerationen im KDFB (Susanne Zehetbauer)
- Moderne Kunst in der Kirche (Maria Sileny)
- Industrielle Nahrungsmittelerzeugung mit Verbraucher-Tipps (Claudia Klement-Rückel)

Haben Sie Anregungen zu den einzelnen Themen (fachkompetente Interviewpartnerinnen; Projekte im Frauenbund, Buchhinweise ...)? Dann melden Sie sich bitte bei der Redaktion:

Redaktionsbüro Köln/Geldern:

Tel. 02831/ 9 44 72, Fax: 02831/ 22 84,

Email: gabriele.kloeckner@t-online.de

Redaktionsbüro München:

Tel. 089/28 62 37 30, Fax: 089/28 62 37

33, Email: engagiert@t-online.de